

Stand: 01.05.2026 23:14:54

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/55

"Misshandlung von Kindern in der Sekte "Zwölf Stämme""

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/55 vom 07.11.2013
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/514 des SO vom 30.01.2014
3. Beschluss des Plenums 17/704 vom 13.02.2014
4. Plenarprotokoll Nr. 11 vom 13.02.2014



## Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Christine Kamm, Kerstin Celina, Dr. Sepp Dürr, Markus Ganserer, Ulrich Leiner, Dr. Christian Magerl, Jürgen Mistol, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Claudia Stamm, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### Misshandlung von Kindern in der Sekte „Zwölf Stämme“

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag über den Stand der Erkenntnisse zu den Hintergründen der Kindesmisshandlungen in den Niederlassungen der Sekte „Zwölf Stämme“ in Bayern mündlich und schriftlich zu berichten.

Dabei sind insbesondere folgende Fragen zu beantworten:

- Wurde die staatliche Fürsorgepflicht gegenüber den Kindern der Sekte „Zwölf Stämme“ von den zuständigen Aufsichtsbehörden verantwortungsvoll wahrgenommen?
- Seit wann lagen den zuständigen Aufsichtsbehörden Hinweise auf die Misshandlung von Kindern in den bayerischen Niederlassungen der Sekte vor?
- Was haben die zuständigen Jugendämter nach den ernstzunehmenden Hinweisen von Sektenaussteigern auf die systematische Misshandlung von Kindern unternommen, um die Situation aufzuklären und die betroffenen Kinder zu schützen?
- Warum wurden nach den ersten vorliegenden Berichten von Sektenaussteigern keine staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegen die Sekte eingeleitet?
- Warum wurde den Eltern erst nach der Dokumentation der Missstände durch den RTL-Journalisten Wolfram Kuhnigk das Sorgerecht entzogen?
- Warum wurde das Verschwinden von zwei Mädchen, die sich in der Obhut von Pflegeeltern befanden, am 16. September 2013 erst jetzt öffentlich gemacht?

- Was unternehmen die zuständigen Behörden zum Schutz der Sektenkinder, die weiterhin in Pflegefamilien oder Kinderheimen untergebracht sind?
- Was ist über den jetzigen Aufenthalt der entführten Kinder in der Schweiz bekannt?
- Wie bewertet die Staatsregierung die Chancen, die Kinder wieder zurück nach Bayern zu holen?
- Gegen wen richten sich die Ermittlungen wegen der Entziehung Minderjähriger?
- Warum wurde trotz der bereits 2006 vorliegenden Hinweise auf körperliche Züchtigungen von Kindern, der Sekte die Erlaubnis zum Betrieb einer Schule erteilt?
- Wurden die Buß- und Zwangsgelder, die wegen Verstößen gegen die Schulpflicht im Zeitraum von 2003 bis 2006 gegen die Sekte verhängt wurden, auch tatsächlich eingetrieben?
- Gibt es in Bayern weitere Fälle, in denen Sekten oder fundamentalistische Glaubensgemeinschaften die Erlaubnis zum Betrieb von Privatschulen erhalten haben?
- Gibt es Hinweise darauf, dass auch Anhänger anderer Glaubensgemeinschaften oder Sekten ihre Kinder aus religiösen Gründen nicht in eine öffentliche Schule gegeben haben? Falls ja, um welche Fälle handelt es sich?

### Begründung:

Vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse mit der mutmaßlichen Entführung von zwei Mädchen, die sich in der Obhut einer Pflegefamilie im Kreis Ansbach befanden, stellen sich viele Fragen in Bezug auf die Sekte der „Zwölf Stämme“ mit neuer Dringlichkeit. Hinweise von Sektenaussteigern auf die Misshandlung von Kindern durch Sektenmitglieder liegen bereits seit längerer Zeit vor. Bereits im Mai 2011 und im Juni 2013 berichteten die Süddeutsche Zeitung und die Augsburgische Allgemeine von systematischen Prügelstrafen und der Beschneidung Neugeborener durch Laien in den Niederlassungen der Sekte. Die Berichte basierten jeweils auf glaubwürdigen Aussagen von Sektenaussteigern. Trotzdem sahen die zuständigen Träger der Jugendhilfe sowie die Staatsanwaltschaften und Familiengerichte damals anscheinend keinen Handlungsbedarf. Schon bei der Landtagsdebatte anlässlich der Erlaubnis zum Betrieb ei-

ner Schule im Jahr 2006, wurde darauf hingewiesen, dass die Sekte körperliche Züchtigungen für ein geeignetes pädagogisches Mittel hält. Obwohl in den Jahren 2003 bis 2006 erhebliche Bußgelder wegen Verstößen gegen die Schulpflicht gegen die Zwölf Stämme verhängt wurden, erhielt die Sekte damals die Erlaubnis zum Betrieb einer Privatschule.

Es stellt sich also die Frage, ob die zuständigen Behörden die staatliche Fürsorgepflicht gegenüber den Kindern der Sekte in ausreichendem Maße wahrgenommen haben und ob sie in Zukunft einen ausreichenden Schutz der Kinder gewährleisten können?



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration**

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**  
Drs. 17/55

**Misshandlung von Kindern in der Sekte "Zwölf Stämme"**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Zustimmung

Berichterstatlerin: **Christine Kamm**  
Mitberichterstatter: **Hermann Imhof**

### **II. Bericht:**

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bildung und Kultus und der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 3. Sitzung am 28. November 2013 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bildung und Kultus hat den Antrag in seiner 5. Sitzung am 23. Januar 2014 mitberaten und einstimmig Zustimmung empfohlen.
4. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Antrag in seiner 7. Sitzung am 30. Januar 2014 mitberaten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

**Joachim Unterländer**  
Vorsitzender



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Christine Kamm, Kerstin Celina, Dr. Sepp Dürr, Markus Ganserer, Ulrich Leiner, Dr. Christian Magerl, Jürgen Mistol, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Claudia Stamm, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/55, 17/514

### Misshandlung von Kindern in der Sekte „Zwölf Stämme“

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag über den Stand der Erkenntnisse zu den Hintergründen der Kindesmisshandlungen in den Niederlassungen der Sekte „Zwölf Stämme“ in Bayern mündlich und schriftlich zu berichten.

Dabei sind insbesondere folgende Fragen zu beantworten:

- Wurde die staatliche Fürsorgepflicht gegenüber den Kindern der Sekte „Zwölf Stämme“ von den zuständigen Aufsichtsbehörden verantwortungsvoll wahrgenommen?
- Seit wann lagen den zuständigen Aufsichtsbehörden Hinweise auf die Misshandlung von Kindern in den bayerischen Niederlassungen der Sekte vor?
- Was haben die zuständigen Jugendämter nach den ernstzunehmenden Hinweisen von Sektenaussteigern auf die systematische Misshandlung von Kindern unternommen, um die Situation aufzuklären und die betroffenen Kinder zu schützen?
- Warum wurden nach den ersten vorliegenden Berichten von Sektenaussteigern keine staatsanwaltlichen Ermittlungen gegen die Sekte eingeleitet?
- Warum wurde den Eltern erst nach der Dokumentation der Missstände durch den RTL-Journalisten Wolfram Kuhnigk das Sorgerecht entzogen?

- Warum wurde das Verschwinden von zwei Mädchen am 16. September 2013, die sich in der Obhut von Pflegeeltern befanden, erst jetzt öffentlich gemacht?
- Was unternehmen die zuständigen Behörden zum Schutz der Sektenkinder, die weiterhin in Pflegefamilien oder Kinderheimen untergebracht sind?
- Was ist über den jetzigen Aufenthalt der entführten Kinder in der Schweiz bekannt?
- Wie bewertet die Staatsregierung die Chancen, die Kinder wieder zurück nach Bayern zu holen?
- Gegen wen richten sich die Ermittlungen wegen der Entziehung Minderjähriger?
- Warum wurde trotz der bereits 2006 vorliegenden Hinweise auf körperliche Züchtigungen von Kindern der Sekte die Erlaubnis zum Betrieb einer Schule erteilt?
- Wurden die Buß- und Zwangsgelder, die wegen Verstößen gegen die Schulpflicht im Zeitraum von 2003 bis 2006 gegen die Sekte verhängt wurden, auch tatsächlich eingetrieben?
- Gibt es in Bayern weitere Fälle, in denen Sekten oder fundamentalistische Glaubensgemeinschaften die Erlaubnis zum Betrieb von Privatschulen erhalten haben?
- Gibt es Hinweise darauf, dass auch Anhänger anderer Glaubensgemeinschaften oder Sekten ihre Kinder aus religiösen Gründen nicht in eine öffentliche Schule gegeben haben? Falls ja, um welche Fälle handelt es sich?

Die Präsidentin

I.V.

**Inge Aures**

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vor der Mittagspause rufe ich noch **Tagesordnungspunkt 3** auf:

### **Abstimmung**

**über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Den Antrag der GRÜNEN, "Honig vor Verunreinigung mit Genpollen schützen!", sollten wir nach der Mittagspause aufrufen. Sind Sie damit einverstanden, oder besteht der Wunsch, dass ich diesen Tagesordnungspunkt noch vor der Mittagspause aufrufe? – Sie sind damit einverstanden. Dann machen wir jetzt die vorgesehene Mittagspause eine Viertelstunde früher. Ich bitte Sie, um 13.15 Uhr wieder rechtzeitig im Plenarsaal zu sein.

(Unterbrechung von 12.24 bis 13.18 Uhr)

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 3)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
 Sicherer Zugang für Schutzsuchende nach Europa schaffen – Flüchtlingsdramen stoppen!  
 Drs. 17/21, 17/623 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
 Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> Z	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> Z

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
 Misshandlung von Kindern in der Sekte „Zwölf Stämme“  
 Drs. 17/55, 17/514 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
 Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/> Z	<input type="checkbox"/> Z	<input type="checkbox"/> Z	<input type="checkbox"/> Z

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Abschiebehaft in Bayern – rechtswidrigen Zustand umgehend beenden!  
Drs. 17/57, 17/615 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Stilllegung von Grundlastkraftwerken in Deutschland  
Drs. 17/99, 17/502 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Datenhandel mit der Debeka: Verbindungen zu Bayerischen Behörden aufklären!  
Drs. 17/100, 17/616 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Petra Guttenberger, Dr. Florian Herrmann u.a. CSU  
Flüchtlingskatastrophen in Europa verhindern – kriminellen Schleppern das Handwerk legen!  
Drs. 17/103, 17/624 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Bericht zur Reform des Unterbringungsgesetzes /  
Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz (PsychKHG)  
Drs. 17/114, 17/609 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Betriebsstart von SPNV-Wettbewerbsprojekten im Dezember 2013  
Drs. 17/375, 17/515

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

**der den Antrag für erledigt erklärt hat**

9. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Bericht über die Probleme bei der Werdenfelsbahn  
Drs. 17/395, 17/520

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

**der den Antrag für erledigt erklärt hat**

10. Antrag der Abgeordneten Klaus Steiner, Erwin Huber, Eberhard Rotter u.a. CSU  
Bahnbetrieb auf den Strecken München - Salzburg und München - Kufstein  
durch die Veolia Verkehr GmbH  
Drs. 17/396, 17/521

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

**der den Antrag für erledigt erklärt hat**